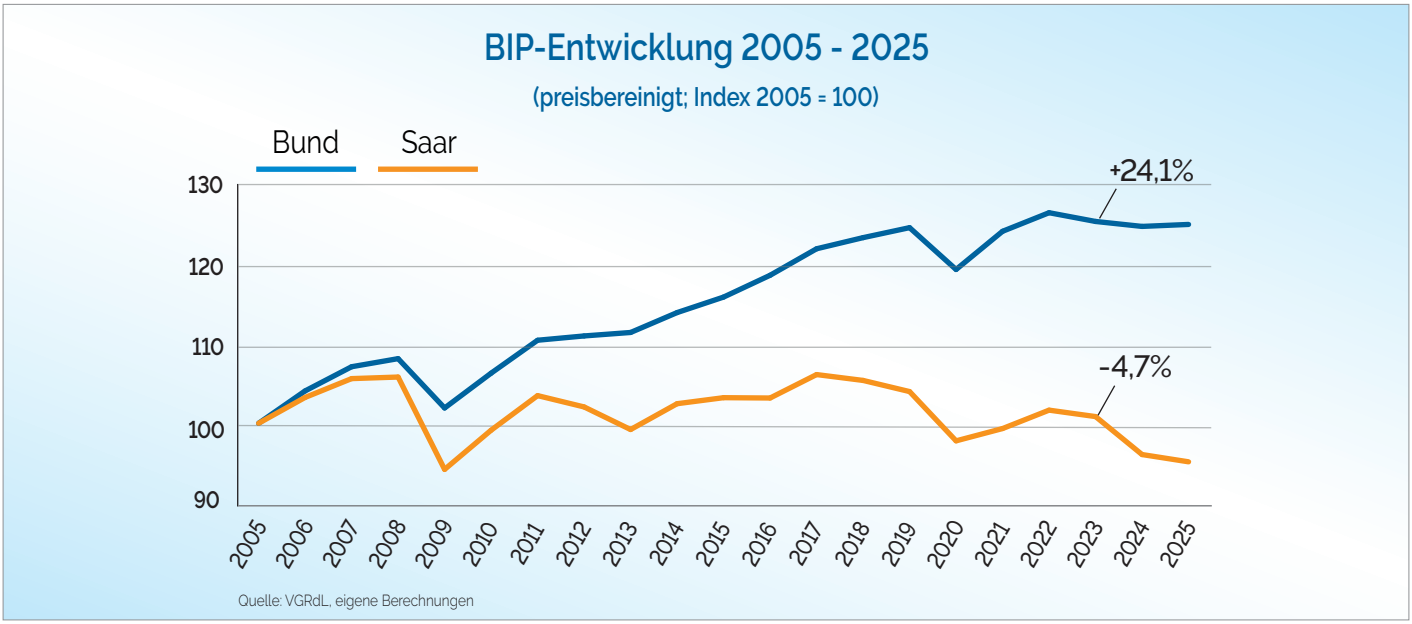
75 Jahre AK
Beraten. Bilden. Forschen.
Analyse
Fakten-Service der Arbeitskammer des Saarlandes
arbeitskammer.de
Nummer 2|2026
November 2026



BILANZ UND PROGNOSE DER WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG IM SAARLAND|

Saarländische Wirtschaft: Krise, Strukturwandel und Perspektiven

Neben der längerfristig schwierigen Situation durch den Strukturwandel wird die Entwicklung der saarländischen Wirtschaft derzeit vor allem durch hohe Energiepreise infolge des Irankrieges belastet. Trotz aller Herausforderungen gibt es aber nach wie vor viele Möglichkeiten, die hiesige Industriestruktur und ihre Arbeitsplätze zukunftsgerichtet zu gestalten. Gute Arbeit, Mitbestimmung und gesellschaftlicher Fortschritt sind dabei essenziell.

Von Jonas Boos und Christian Klein

Die saarländische Wirtschaft steckt in einer andauernden Krise. Seit Jahren sind kaum Wachstumsphasen zu verzeichnen – das Bruttoinlandsprodukt lag im Jahr 2025 preisbereinigt mit -4,7 Prozent knapp unter dem Niveau aus dem Jahr 2005 (Bund: +24,1 %).[i] Auch die Aussichten für die saarländische Wirtschaft für 2026 und 2027 fallen verhaltener aus als für den Bund. Während die deutsche Wirtschaft im ersten Halbjahr 2026 eine im Vergleich zu den letzten Jahren leicht positive Wachstumsdynamik verzeichnete (+0,9 %), setzte sich die schwache wirtschaftliche Entwicklung im Saarland fort (-0,1 %).[ii] Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ging im ersten Halbjahr 2026 gemäß den Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit hierzulande um 1,6 Prozent (-6.300 Arbeitsplätze) zurück (Bund: -0,2 %).[iii] Dass die Arbeitslosigkeit im Saarland zeitgleich um 0,5 Prozent (-186 Personen) gesunken ist, kann unter anderem durch Übergänge in den Ruhestand, Abwanderung oder den Übergang in sogenannte Transfergesellschaften erklärt werden. Die Arbeitslosenquote lag im Juni 2026 bei 7,3 Prozent (Bund: 6,2 %).[iv]

Für die lohnabhängige Bevölkerung ist entscheidend, dass eine konjunkturelle Stabilisierung nicht allein an der Entwicklung des BIP oder der Geschäftslage der Unternehmen gemessen werden kann. Von einer tatsächlichen Erholung kann erst gesprochen werden, wenn sich diese auch in sicheren Arbeitsplätzen, stabilen Einkommen und besseren Zukunftsperspektiven niederschlägt. Gerade im Saarland ist dies angesichts des anhaltenden Strukturwandels und des Beschäftigungsabbaus in wichtigen Industriebereichen von besonderer Bedeutung.

Außenhandel und Industrie

Auf Bundesebene erwiesen sich die Exporte in der ersten Jahreshälfte 2026 trotz des insgesamt schwierigen weltwirtschaftlichen Umfelds als wichtige Konjunkturstütze. Dabei entwickelte sich der Außenhandel regional und sektoral sehr unterschiedlich. Einer steigenden Nachfrage aus europäischen Ländern standen rückläufige Ausfuhren nach China und in die Vereinigten Staaten gegenüber. Besonders gefragt waren bundesweit elektronische und optische Erzeugnisse sowie elektrische Ausrüstungen. Diese Bereiche profitierten unter anderem von der Digitalisierung, dem verstärkten Einsatz Künstlicher Intelligenz und dem Ausbau der Energienetze.[v] Auch von der Chemieindustrie gingen vorü-

bergehende Sonderimpulse aus, da asiatische, insbesondere chinesische Chemiehersteller infolge des Iran-kriegs mit Lieferengpässen und Produktionsproblemen konfrontiert waren und deutsche Hersteller so vorübergehend zusätzliche Exportmöglichkeiten erhielten.[vi] Insgesamt konnten die industriellen Auslandsumsätze bundesweit im ersten Halbjahr 2026 um 2,9 Prozent zulegen, die Auftragseingänge der Industrie sogar um 6,0 Prozent.[vii] Für das Saarland waren diese positiven Impulse jedoch offenbar weniger ausgeprägt. Die spezifische Branchenstruktur des Landes unterscheidet sich von jener der bundesweit besonders stark von der Exportentwicklung profitierenden Bereiche. So gingen die industriellen Auslandsumsätze hierzulande um 7,9 Prozent zurück, die Auftragseingänge der saarländischen Industrie sanken um 4,9 Prozent.[viii]

Energiepreise und Kosten

Eine wesentliche Belastung stellt der Energiepreisschock infolge des Iran-Kriegs dar. Die zeitweilig entlastenden Faktoren der ersten Jahreshälfte – darunter niedrigere Kraftstoffkosten sowie die Hoffnung auf eine rasche Entspannung der geopolitischen Lage – sind inzwischen weitgehend ausgelaufen. Gleichzeitig haben sich wichtige Rahmenbedingungen verschlechtert. Die Erdgaspreise liegen auf einem erhöhten Niveau und dürften länger hoch bleiben. Hinzu kommen gestiegene Raffineriemargen, die den Preisdruck bei Kraftstoffen verstärken.[ix] Für das industriell geprägte Saarland wiegt diese Entwicklung besonders schwer. Hohe Energie- und Vorleistungskosten verteuern die Produktion und belasten Investitionen. Die Beschäftigten sind davon doppelt betroffen: Steigende Preise für Energie, Mobilität und andere Güter des täglichen Bedarfs schmälern ihre Kaufkraft, während Produktionskürzungen, Standortverlagerungen oder Personalabbau zugleich die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze gefährden.

Die Schwierigkeiten der saarländischen Industrie allein auf hohe Kosten und ungünstige Standortbedingungen zurückzuführen, greift jedoch zu kurz. Ebenso bedeutsam sind die schwache Nachfrage, Veränderungen auf internationalen Absatzmärkten und der technologische Umbau wichtiger Industriezweige.[x] Eine reine Kostensenkungsstrategie zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit über niedrigere Löhne, Sozialabgaben oder arbeitsrechtliche Standards löst diese strukturellen Herausforderungen nicht. Eine solche Strategie würde einen Teil der betrieblichen Kosten lediglich auf die Beschäftigten und die sozialen Sicherungssysteme verlagern und zugleich die Kaufkraft und Binnennachfrage schwächen. Notwendig sind vielmehr eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung sowie Investitionen in moderne und energieeffiziente Produktionsanlagen, neue Produkte und Technologien und die Qualifizierung der Beschäftigten.[xi]

Privater Konsum und Inflation

Vom privaten Konsum sind im Saarland derzeit keine starken Wachstumsimpulse zu erwarten. Die weiterhin hohe Inflation schmälert die Kaufkraft der Arbeitseinkommen. Insbesondere höhere Preise für Kraftstoffe und Energie begrenzen die Spielräume für andere Konsumausgaben. Während die Inflation im August auf 2,9 Prozent geklettert ist, lagen die Energiepreise im August 10,5 Prozent über dem Vorjahresniveau.[xii] Laut ifo-Institut entstehen deutschen Haushalten dadurch zusätzliche Kosten in Höhe von 16,8 Milliarden Euro. Das bedeutet im Schnitt den Verlust von 1,15 Prozent des verfügbaren Einkommens.[xiii] Die Belastungen treffen dabei nicht alle Haushalte gleichermaßen. Beschäftigte mit niedrigen und mittleren Einkommen müssen einen größeren Teil ihres Einkommens für Wohnen, Energie, Mobilität und andere Güter des täglichen Bedarfs aufwenden und können steigenden Preisen daher weniger ausweichen. Besonders das ärmste Zehntel verliert rechnerisch 2,87 Prozent des verfügbaren Einkommens. Das obere Zehntel hingegen nur 0,65 Prozent.[xiv] Zusätzlicher Druck kann dadurch entstehen, dass höhere Großhandelspreise für Erdgas und Strom aufgrund längerfristiger Verträge erst mit zeitlicher Verzögerung vollständig bei den Verbraucherinnen und Verbraucher ankommen. Hinzu kommen weitere administrativ beziehungsweise gesetzlich bedingte geplante Preissteigerungen. Dazu zählen insbesondere höhere Zuzahlungen der privaten Haushalte für rezeptpflichtige Medikamente, Hilfsmittel, Krankenhausaufenthalte und Zahnersatz sowie die Anhebung der Tabaksteuer.[xv]

Dabei ist eine Stabilisierung der Kaufkraft nicht nur sozialpolitisch relevant, sondern auch konjunkturell: Bleiben die real verfügbaren Einkommen unter Druck, wird auch der private Konsum als wichtige Säule der regionalen Wirtschaft geschwächt. Eine Strategie, die wirtschaftliche Belebung vorrangig über Entlastungen auf Unternehmensseite erreichen will, lässt die Nachfrageseite unzureichend berücksichtigt. Unternehmen investieren nicht allein deshalb, weil ihnen zusätzliche finanzielle Spielräume zur Verfügung stehen, sondern vor allem dann, wenn sie Absatzmöglichkeiten und wirtschaftliche Perspektiven für ihre Investitionen sehen. Stabile Einkommen und Beschäftigung sind damit selbst Bestandteil günstiger Investitionsbedingungen.

Investitionen und staatliche Nachfrage

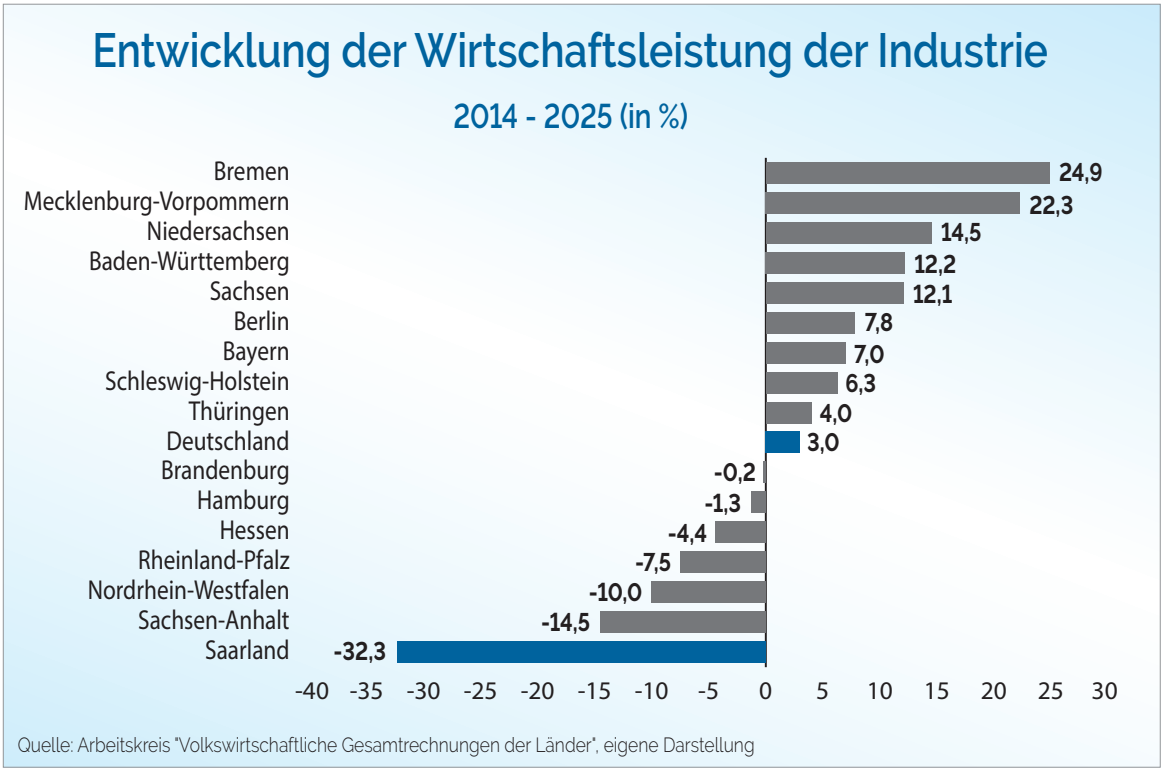
Auf Bundesebene gewinnen staatliche Investitionen in Infrastruktur sowie zusätzliche öffentliche Ausgaben zunehmend an Bedeutung für die wirtschaftliche Dynamik. Der Staatskonsum liefert positive Wachstumsimpulse, unter anderem durch zusätzliche Ausgaben für Verwaltung, Digitalisierung und Verteidigung. Entscheidend ist dabei nicht allein die Höhe der Investitionen, sondern auch, ob daraus langfristig Wertschöpfung, gute Arbeitsplätze und bessere öffentliche Infrastruktur entstehen. Gerade bei steigenden Verteidigungsausgaben ist

Tabelle 1: Ausgewählte Kennziffern

	BIP (real)		Exporte Industrie		Auftragseingang Industrie		Beschäftigung (svp)		Arbeitslosigkeit		Arbeitslosen-quote	
	Saar	Bund	Saar	Bund	Saar	Bund	Saar	Bund	Saar	Bund	Saar	Bund
2025	-0,9 %	+0,2 %	-11,3 %	-0,3 %	-7,5 %	+3,5 %	-0,9 %	-0,1 %	+5,5 %	+6,8 %	7,4 %	6,3 %
1.Hj. 2026	-0,1 %	+0,9 %	-7,9 %	+2,9 %	-4,9 %	+6,0 %	-1,6 %	-0,2 %	-0,5%	+2,0 %	7,3 %	6,2 %

Quellen: VGRdL, Statistisches Bundesamt, Statistisches Amt Saarland, Bundesagentur für Arbeit

der wirtschaftliche Nutzen fraglich: Der Blick auf den Multiplikatoreffekt zeigt, dass Militärausgaben nur einen vergleichsweise geringen gesamtwirtschaftlichen Effekt entfalten – der Multiplikator liegt bei rund 0,5, während er bei Infrastrukturinvestitionen mit 2,0 bis 3,0 deutlich höher ausfällt.[xvi] Zwar können einzelne Rüstungskonzerne von steigenden Aufträgen und Gewinnen profitieren, gesamtwirtschaftlich ist der Effekt jedoch begrenzt – insbesondere dann, wenn höhere Militärausgaben mit Einsparungen in anderen Bereichen des Staatshaushalts einhergehen.[xvii]



Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", eigene Darstellung

Daneben belasten die gestiegenen langfristigen Zinsen die Rentabilität privater Investitionen. Für das Saarland könnte dies besonders ins Gewicht fallen, da der notwendige Strukturwandel in wichtigen Industriebereichen mit einem erheblichen Investitionsbedarf verbunden ist. Allerdings sollte nicht unterstellt werden, dass niedrigere Steuern, Abgaben oder Arbeitskosten automatisch in höhere Investitionen münden. Investitionsentscheidungen hängen ebenso von der erwarteten Nachfrage, den Finanzierungskosten, technologischen Perspektiven, der Infrastruktur und den langfristigen Absatzmöglichkeiten ab. Unternehmensentlastungen allein gewährleisten daher weder zusätzliche Investitionen noch die Entstehung guter Arbeitsplätze.

Zwischenfazit

Die wirtschaftliche Entwicklung wird derzeit vor allem durch die gestiegenen Energiepreise infolge des Iran-Kriegs belastet. Infolgedessen dürften sowohl die Konsumausgaben der privaten Haushalte als auch die Investitionen der Unternehmen schwächer ausfallen als noch zu Jahresbeginn erwartet. Absehbare Zinserhöhungen der EZB dürften diese Abschwächung verstärken. Gleichzeitig wirken die gedämpfte Weltkonjunktur und die verhaltene Entwicklung des internationalen Handels bremsend auf die Exportwirtschaft. Wachstumsimpulse gehen hingegen von den Investitionen in Bauten und Ausrüstungen durch expansive fiskalpolitische Maßnahmen aus, die im kommenden Jahr bundesweit überwiegen. Insgesamt zeigt sich für das Saarland ein ungünstigeres Konjunkturbild als für Deutschland insgesamt. Die stärkere Belastung ist insbesondere durch die hohe industrielle Abhängigkeit begründet.

Situation und Bedeutung der saarländischen Industrie

Im Saarland ist es insbesondere die Industrie, die als eine der zentralen Stützen der Wirtschaft in einer zunehmenden Krise steckt und im Zuge der voranschreitenden Transformation eine beispiellose Vernichtung von Arbeitsplätzen verursacht. Die Industrie-Indikatoren im Saarland zeigen im ersten Halbjahr 2026 deutlich nach unten (Auftragseingänge: -4,9 %; Umsatz: -6,2 %, Auslandsumsatz: -7,9 %).[xviii] Diese Entwicklung reiht sich ein in die mittlerweile seit Jahren voranschreitende negative Entwicklung der Wirtschaftsleistung der saarländischen Industrie. Mit einem Rückgang von 32,3 Prozent hat die saarländische Industrie seit 2014 den größten Verlust an Wirtschaftsleistung aller Länder zu verzeichnen (Bund: +3,0 %). Das Selbstverständnis als Industrieland gerät dadurch immer mehr unter Druck. Ein weiterer Indikator für den zunehmenden Bedeutungsverlust der saarländischen Industrie liefert der Anteil an der gesamten Wirtschaftsleistung des Saarlandes (siehe Abbildungen auf Seite 4). Konnte die hiesige Industrie 2014 noch einen Anteil von 27,8 Prozent erzielen, ist dieser 2025 auf 19,2 Prozent eingeschmolzen (Bund 19,5 %).[xix] Die Krise der Saar-Industrie ist vor allem eine Krise der Arbeitsplätze. Seit 2014 sind über 24.500 Arbeitsplätze in den Industriebetrieben an der Saar vernichtet worden. Allein im ersten Halbjahr 2026 sind rund 5.600 Stellen (-6,4 %). verloren gegangen.[xx]

Trotz der hier dargelegten Krise der saarländischen Industrie bleibt sie die tragende Säule der saarländischen Wirtschaft. Ihre Bedeutung reicht weit über die unmittelbar dort Beschäftigten hinaus: Industrieunternehmen sichern über ihre Auftragsvergabe Beschäftigung bei Zulieferern und Dienstleistern. Gleichzeitig stärkt die vergleichsweise hohe Kaufkraft der Industriebeschäftigten die Nachfrage im Einzelhandel, dem Handwerk und in weiteren Dienstleistungsbereichen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter in der saarländischen Industrie bezogen 2025 insgesamt 4,9 Mrd. Euro an Bruttolöhnen und -gehältern.[xxi] Der Verdienst der Industriebeschäftigten liegt rund 31 Prozent über dem saarländischen Durchschnitt. Der bereits durch den zunehmenden Stellenabbau in der Industrie begonnene Verlust dieses enormen Kaufkraftpotenzials wird letztlich die gesamte wirtschaftliche Basis der ganzen Region weiter erheb-





lich schwächen.

Herausforderungen der saarländischen Industrie

Die klimapolitischen Umstellungen in Form einer umfassenden Dekarbonisierung von Produktionsprozessen und Produkten prägen die Industrie stärker denn je. Insbesondere deutsche Automobilhersteller und ihre Zulieferer sind von der Transformation betroffen und befinden sich gegenwärtig in einem zugespitzten Wettkampf um Marktanteile und stetiges Profitwachstum. Das alte Erfolgsmodell rund um die Strategie einer strikt auf Export ausgerichteten Wirtschaft, deren Basis auf günstig importierter Energie, einer Politik der Lohnzurückhaltung (z. B. „Agenda 2010") und niedriger Unternehmenssteuern sowie einer technologischen Vormachtstellung im Bereich des Verbrenners beruhte, greift mittlerweile nicht mehr. Die hohen Energiekosten, strategische Fehlentscheidungen, die US-amerikanische Zollpolitik sowie eine immer kompliziertere Marktlage auf dem größten Automobilmarkt der Welt in China bedingen zunehmend einbrechende Umsätze bei Herstellern wie beispielsweise Volkswagen, Mercedes oder BMW.

Die drei Autobauer verzeichneten für das erste Halbjahr 2026 einen Umsatzrückgang auf rund 284 Milliarden Euro (2,9 % weniger als 2025). Das Geschäft in China ist dabei maßgeblich.[xxii] VW verkaufte auf dem dortigen Markt in der ersten Jahreshälfte rund ein Drittel weniger Autos als im Jahr zuvor. Mercedes verkaufte in diesem Zeitraum ebenfalls rund 28 Prozent weniger Autos auf dem chinesischen Markt. Die Gewinne überragen zwar gegenwärtig noch die umsatzsteigernden Hersteller aus anderen Ländern (Bsp. China, Japan, USA), dennoch ist auch hier mit einem Rückgang von 19 Prozent auf 13 Milliarden Euro der niedrigste Wert seit der Pandemie erreicht. Diese Entwicklung reiht sich nahtlos in die rückläufige Entwicklung von Produktion und Absatz bei deutschen sowie europäischen Herstellern seit 2018 ein und ist Ausdruck einer strukturellen Überproduktionskrise.[xxiii]

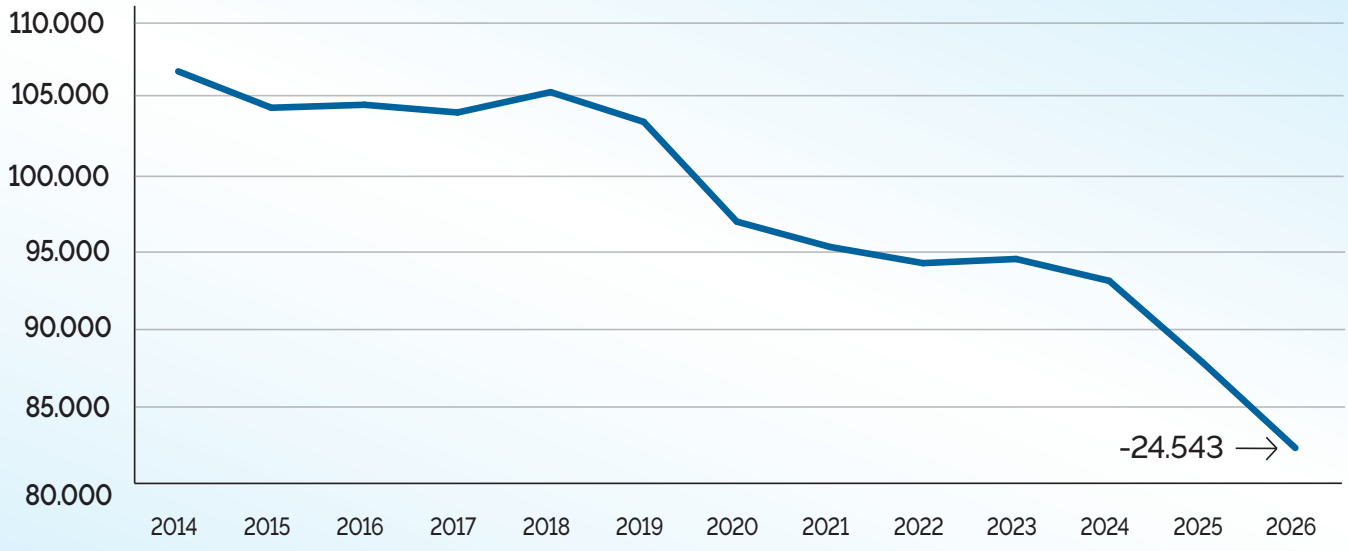
Von einer Krise aufgrund ausbleibender Gewinne kann aber kaum gesprochen werden. Allein VW erzielte 2025 noch einen Gewinn nach Steuern von rund 6,9 Milliarden Euro[xxiv] und schüttete rund 2,6 Milliarden Euro an seine Aktionäre aus.[xxv] Über die vergangenen zehn Jahre summierten sich die Dividendenausschüttungen des Konzerns auf rund 40 Milliarden Euro, während zugleich Gewinnrücklagen von über 160 Milliarden Euro aufgebaut wurden.[xxvi] Problematisch ist aus Sicht der Kapitaleigner daher weniger die absolute Höhe der Gewinne als vielmehr die sinkende Rendite. So sank etwa die Dividendenrendite der VW-Stammaktie von 6,8 Prozent auf 4,9 Prozent. Die gegenwärtige Krise ist damit auch als Renditekrise zu verstehen: Trotz weiterhin hoher Milliardengewinne wächst der Druck, durch Kostensenkungen, Personalabbau und Lohnzurückhaltung die Profitabilität für die Anteilseigner wieder zu erhöhen. Insbesondere die deutschen Hersteller reagieren darauf aktuell mit umfassenden Plänen zu Stellenabbau oder gar ganzen Werksschließungen und geben Kostensteigerungen sowie schwankende Produktionsmengen an ihre Zulieferer weiter. Alleine VW plant in den kommenden Jahren den Abbau von 50.000 ihrer weltweit 650.000 Stellen. Die Hälfte des geplanten Abbaus soll in den deutschen Werken stattfinden, deren Auslastung mitunter bis 2030 noch nicht gesichert ist. Die Marktlage wird sich in den kommenden Jahren voraussichtlich weiter verschärfen. Im Innovationswettbewerb mit den vom chinesischen Staat massiv subventionierten Herstellern, sowohl im Bereich Elektroautoproduktion als auch beispielsweise in der Batteriefertigung, sind deutsche und europäische Unternehmen in einen Rückstand geraten, der laut Experten kaum mehr aufzuholen ist. Hersteller wie BYD und Geely bieten deutlich günstigere vollelektrische Fahrzeuge hoher Qualität an. Zudem drängen chinesische Unternehmen mit Produktionskapazitäten vermehrt auf den europäischen Markt, um Überkapazitäten auf dem heimischen Markt abzubauen und hohe europäische Sonderzölle zu vermeiden.[xxvii]

Zulieferer, ob kleine, mittlere oder große Unternehmen, in der im Saarland traditionell starken Automobil- und Zuliefererindustrie geraten durch die Kostenweitergabe der großen Hersteller und eigene ungenutzte Produktionskapazitäten aufgrund fehlender Aufträge zunehmend in Bedrängnis.

Auch hier sind es vor allem die Beschäftigten, die über tarifrechtliche Zugeständnisse an die Kapitalseite oder Stellenabbau die Kosten tragen müssen. Ein Beispiel dafür ist der Getriebehersteller ZF in Saarbrücken mit Hauptsitz in Friedrichshafen, der unter anderem BMW beliefert. Die Kapazitäten für die 2023 eingeführte E-Achse bleiben in dem seit 2021 als „Leitwerk für Elektromobilität" geführten Werk mit der Begründung einer schwierigen Marktlage weitgehend ungenutzt. Seit 2024 wurden daher bereits rund 2.000 Arbeitsplätze der ehemals 10.000 Beschäftigte starken Belegschaft abgebaut. Bis 2027 stehen bei anhaltenden Schwierigkeiten auf dem Markt 1.000 weitere Stellen auf dem Spiel.[xxviii] Die Führung des hoch verschuldeten Gesamtkonzerns hält sich in der strategischen Planung einen tiefergehenden Stellenabbau weiterhin offen. Der Stellenabbau und die Fokussierung auf Hybridantriebe brachte im ersten Halbjahr 2026 laut ZF Finanzvorstand Michael Fricke eine positive Umsatzentwicklung im Saarbrücker Werk mit sich. Die Gewinnmarge des Konzerns stieg zuletzt von 2,8 Prozent auf 3,7 Prozent.[xxix] ZF setzt damit auf eine Verringerung der Produktion und umfassende Umstrukturierung sowie einen deutlichen Stellenabbau, um die Kosten weiter zu senken und höhere Renditen zu erzielen. Die Verringerung der Produktion bei großen Industriebetrieben wie ZF hat nicht nur negative Folgen für die eigene Belegschaft, sondern wirkt sich auch direkt auf Zulieferer in der Region oder geplante Investitionsprojekte aus: So sah sich der Automobilzulieferer Voit mit dem Rückzug von ZF als Hauptkunden gezwungen, das Werk in St. Ingbert mit ehemals rund 1.000 Beschäftigten im September 2026 endgültig zu schließen. Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich Anfang 2026 für den Saarbrücker Automobilzulieferer Schlote, der in Schieflage geraten war, weil ZF als einer der Großkunden seine Bestellungen deutlich reduzierte. Anders als Anfang des Jahres angenommen, wird Schlote ZF bis Ende 2026 weiterhin mit Getriebegehäusen beliefern. Für die Produktion werden allerdings nur noch 50 Beschäftigte, statt wie bisher 120 benötigt.[xxx] Darüber hinaus galt ZF auch als ein wichtiger Investitionspartner für den US-amerikanischen Chiphersteller Wolfspeed, der sich in Ensdorf ansiedeln wollte. Das Ansiedlungsprojekt scheiterte im Oktober 2025 aber endgültig.

Die beschriebenen Prozesse der Stellenvernichtung sind im Saarland auch die Folge eines zentralen Strukturmerkmals der hiesigen Industrie: der Abwesenheit von Konzernzentralen. Zahlreiche Unternehmen – besonders in der Automobil- und Zuliefererindustrie – betreiben im Saarland lediglich kapitalintensive Produktionsstätten, während wichtige Entscheidungen in den Zentralen, die zumeist in anderen Bundesländern oder Staaten beheimatet sind, getroffen werden. Zu einer großen Schwäche wird dieser Zustand, wenn es im Zuge der Transformation um Entscheidungen darüber geht, an welchen Standorten neue Technologien erforscht, entwickelt und produziert werden sollen. Die hohe Abhängigkeit von den Konzernzentralen führt dann im schlimmsten Fall zu einem erheblichen Standort- und Unterbietungswettkampf zwischen Belegschaften verschiedener Werke, die gleichermaßen um ihre Zukunft kämpfen. Der Fall rund um das Ende der Autoproduktion bei Ford in Saarlouis verdeutlichte beispielhaft, wie Belegschaften gegeneinander ausgespielt werden können, um Kosten zu sparen. Der betrieblichen Mitbestimmung fehlen rechtliche Hebel, um diesen Entwicklungen einen Riegel vorschieben zu können. Entscheidungen rund um die zukünftige Produktion, Investitionen und mögliche Innovationen werden von der Kapitalseite getroffen, die Betriebsratsgremien verfügen nur über Beratungs- und Informationsrechte. Auch in Aufsichtsräten scheitern Betriebsräte mit ihren Belangen regelmäßig daran, dass der Vorsitz mit doppeltem Stimmrecht zumeist bei der Kapitalseite liegt. Diese wirtschaftsdemokratischen Defizite bleiben wie zuvor bereits dargelegt nicht folgenlos. Die reale Entwicklung von Betrieben, ganzen Regionen und den Lebensverhältnissen im Saarland sind in höchstem Maße abhängig von externen Eigentümerentscheidungen und Konzernstrategien. Renditevorgaben erzeugen hohen Kostendruck, der in der letzten Konsequenz nicht nur zu Stellenstreichungen und Verlagerun-

Industrie-Beschäftigung im Saarland 2014 bis 2026



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung
Anm.: Sozialversicherungpflichtig + Geringfügig entlohnte Beschäftigte (Stand: 30.06.2026)



Foto: Adobe Stock/Nico

Die Herausforderungen der saarländischen Industrie werden von einem reaktionären Backlash begleitet. Dabei werden Errungenschaften wie der 8-Stunden-Tag und ein starker Sozialstaat infrage gestellt.

gen führen kann, sondern auch zu Arbeitsverdichtung und Lohnkürzungen. Auch wirtschaftlich leistungsfähige Standorte stehen vermehrt zur Disposition, wenn sie nicht in das Rendite- und Portfoliokalkül privatkapitalistischer Eigentümer im globalen Wettbewerb um Marktanteile passen. Fehlende regionale Bindung und demokratische Rechenschaft machen Industriebeschäftigte und mit ihnen ganze Regionen wie das Saarland zum Spielball eines unregulierten Wettkampfs um stetig zu steigernde Profite.

Empfehlungen

Die hier beschriebenen Herausforderungen der saarländischen Industrie werden durch einen reaktionären Backlash begleitet, innerhalb dessen rechtsradikale bis konservative Kräfte sich für eine Zuspitzung bestehender Ausbeutungsverhältnisse und der dahinterliegenden kapitalistischen Profitlogik einsetzen. Infrage gestellt werden dabei nicht nur grundlegende Errungenschaften der Arbeiterbewegung wie der 8-Stunden-Tag oder gesellschaftliche Sicherungssysteme wie der Sozialstaat. Auch klimapolitische Entscheidungen stehen zunehmend zur Disposition und werden lobbygetrieben zugunsten veralteter und zumindest noch kurzfristig profitabler Geschäftsmodelle wie dem klassischen Verbrennungsmotor demontiert, beispielhaft stehen dafür die Aufweichung des Verbrenneraus und des CO_2-Handelssystems (ETS) in der EU. Trotz der beschriebenen Entwicklungen bestehen nach wie vor zahlreiche Chancen, um die Industriestruktur und ihre Arbeitsplätze zukunftsgerichtet zu gestalten. Die Arbeitskammer setzt sich für Maßnahmen und Wege ein, die den sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Umbau der Industrie fokussieren und dabei den gesellschaftlichen Fortschritt und die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellen. Entgegen dem Argument, dass das Geld für Investitionen immer knapp sei, konnte in den letzten Jahren eindrucksvoll verfolgt werden, wie die Rüstungsindustrie von politischen Entscheidungsträgern zum rettenden Anker der industriellen Produktion erklärt und finanziell mit Sondervermögen und einer Ausnahme von der Schuldenbremse unterstützt wird. Dass dies volkswirtschaftlich fragwürdig ist, wurde oben bereits skizziert. Die enorm hohen Subventionen, die gegenwärtig vor allem in die Produktion zur Aufrüstung der Bundeswehr fließen, sollten stattdessen in eine ökologisch und gesellschaftlich sinnvolle Konversion investiert werden. Nicht nur braucht es kleinere (bzw. familientaugliche), bezahlbare und möglichst abgasfreie Autos, auch der öffentliche Personenverkehr bedarf eines dringenden Ausbaus. Eine echte und konsequente Mobilitätswende birgt Potenziale für die Schaffung guter und sicherer Arbeitsplätze.[xxxi] Die benötigten Kompetenzen für die industrielle Produktion im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs sind im Saarland vorhanden und der Bedarf nach einem ausgebauten öffentlichen Verkehr ist groß. Industrielle Wachstumsimpulse eröffnen sich darüber hinaus im Ausbau der Windkraftindustrie oder der Produktion von Solarmodulen, Lastenräder, Wärmepumpen und Pipelines zum Transport von Wasserstoff. All diese möglichen Geschäftsmodelle benötigen Industriearbeit und bieten Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale.

Im Bereich Regionalität und Kreislaufwirtschaft könnte die sich im klimafreundlichen Umbau befindliche saarländische Stahlindustrie eine wichtige Rolle im Ausbau und der Instandsetzung des Schienenverkehrs spielen. Saarstahl Rail zeigt in Form seiner Zusammenarbeit mit dem französischen Bahnbetreiber SNCF eindrucksvoll, wie Kreislaufwirtschaft und die Produktion von Grünem Stahl ineinandergreifen können. Das Saarstahl-Tochterunternehmen fertigt in Frankreich im Rahmen eines langjährigen Großauftrags aus alten Schienen neue, klimafreundliche Schienen, die von SNCF zum Ausbau des Schienennetzes genutzt werden.[xxxii] Ein erstes Pilotprojekt für 22 Schienenkilometer wurde von Saarstahl und der Deutschen Bahn 2025 bereits gestartet. Dies geschieht vor dem Hintergrund einer sich zunehmenden Gefährdung für den Erfolg des Umbaus der saarländischen Stahlindustrie. Hohe Energiekosten, fehlende grüne Leitmärkte und konjunkturelle Schwierigkeiten

führten bereits dazu, dass die Beschäftigten bei Saarstahl im Jahr 2025 eine Abänderung ihres Tarifvertrags hinnehmen mussten und damit 90 Mio. Euro an Einsparungen für das Unternehmen schultern. Wie viele Stellen künftig aufgrund der Umstellung abgebaut werden müssen, ist noch unklar und sorgt für Verunsicherung innerhalb der Belegschaften von Saarstahl und Dillinger. Die gegenwärtige politische Debatte um eine mögliche Überarbeitung bestehenden ETS-Systems in der EU würde die schwierige Marktlage für die saarländische Stahlindustrie deutlich verschärfen. Landes- und Bundespolitik muss entsprechend den Rahmen setzen: Grüne Leitmärkte, wettbewerbsfähige Energiekosten und ein konsequenter politischer Rahmen zur Reduktion von Emissionen sind dafür ebenso relevant wie der verstärkte Aufbau von regionalen Kreislaufwirtschaften und Abnahmequoten von grünem Stahl bei öffentlichen Aufträgen.

Die Stahlindustrie und ihr klimaneutraler Umbau ist ein passendes Beispiel für den sinnvollen Einsatz öffentlicher Subventionen. Bei Mitteln, die beispielsweise aus dem saarländischen Transformationsfonds zur Verfügung gestellt werden, muss aus Sicht der Arbeitskammer konsequent darauf geachtet werden, dass eine mögliche Förderung an die Einhaltung der Standards Guter Arbeit geknüpft ist.[xxxiii] Neben den Arbeitsbedingungen sollte außerdem der Fokus darauf liegen, dass das Unternehmen in Geschäftsmodelle und Produktionsweisen investiert, die ökologisch nachhaltig und zukunftsgerichtet sind. Da Investitionen im Rahmen der sozial-ökologischen Transformation eine erhebliche Rolle dabei spielen, wie sich die Zukunft einer ganzen Region und ihrer Gesellschaft gestaltet, ist eine Diskussion über die stärkere Kontrolle und Beeinflussung unabdingbar. Die Herausforderungen des Strukturwandels könnten im Sinne einer Sicherung von Arbeitsplätzen entlang neuer, ökologisch und gesellschaftlich sinnvoller Arbeitsplätze vor allem dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn die Beschäftigten selbst verstärkt Einfluss auf die Entscheidungsprozesse erhalten. Hier hat die Erfahrung gezeigt, dass die Belegschaften und ihre Interessenvertretungen den langfristigen Unternehmenserfolg durchaus im Blick haben und selbst wirtschaftlich tragfähige Initiativen einbringen können. Um die Zukunftsprozesse des eigenen Betriebs adäquat mitgestalten zu können, braucht es eine deutliche Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung, abseits von reinen Beratungs- und Informationsrechten. Das Betriebsverfassungsgesetz und das Mitbestimmungsgesetz benötigen dementsprechend eine konsequente Reformierung. Parallel dazu muss der Aufbau einer starken Tarifbindung und gewerkschaftlichen Einbindung erfolgen, um die Neugründung von Betriebsratsgremien zu fördern und Belegschaften auch überbetrieblich zu vernetzen. Das Saarländische Tariftreue- und Fairer-Lohn-Gesetz (STFLG) ist dahingehend bereits ein solider Anfang.


Foto: Adobe Stock /Dee karen

Genossenschaften bieten die Möglichkeit, den Einfluss der Beschäftigten auf die Unternehmenspolitik auszubauen. Sie sind zudem eine gute Alternative einer altersbedingten Unternehmensnachfolge.

Eine weitere Möglichkeit zum Ausbau des Einflusses der Beschäftigten auf die Unternehmenspolitik besteht in der Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse – beispielsweise in Form einer Genossenschaft[xxxiv]. Im Saarland könnte sie sowohl im Falle vollzogener Werkschließungen als auch im Sinne einer altersbedingten Unternehmensnachfolge eine Alternative sein, um Betriebe, geführt durch die Beschäftigten, im Saarland zu erhalten. Dies entspricht auch den Grundsätzen der saarländischen Landesverfassung, denn dort ist unter Artikel 54 Absatz 2 geregelt, dass das Genossenschaftswesen im Saarland genauso wie der selbständige Mittelstand in Industrie, Gewerbe, Handwerk und Handel zu fördern und zu schützen ist. Dies wäre auch im Sinne der gewerkschaftlichen Forderung nach einer Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse. In der Satzung der IG Metall, §2, Abs. 4, heißt es, dass Aufgaben und Ziele der IG Metall unter anderem die „Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum" sind. Auch die saarländische Verfassung bietet in Artikel 52 Spielräume für Gemeineigentum bzw. die Überführung bestimmter wirtschaftlicher Schlüsselbereiche aus rein privater Verfügung, verbunden mit dem Gedanken, dass wirtschaftliche Machtkonzentration begrenzt und Beschäftigte beteiligt werden.

Die hier formulierten Empfehlungen müssen von politischen Rahmenbedingungen begleitet werden, die das Wohl der Menschen in den Vordergrund stellen und sich von einem Blick auf die Wirtschaft lösen, der durch Profit- und Renditemaximierung getrieben ist. Auf lange Sicht könnten sich dadurch ökologisch sinnvolle und gesellschaftlich wertvolle Geschäftsmodelle an der Saar etablieren, die im Rahmen von demokratisch durch die Beschäftigten ausgestalteten Arbeitsverhältnissen nicht nur sozial gerechte Arbeitsbedingungen, sondern auch ein gutes Leben in den Fokus rücken.

Jonas Boos und Christian Klein sind Referenten für Konjunktur- und Strukturpolitik.

ANMERKUNGEN |

[i] VGRdL: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2025, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, März 2026.
[ii] Statistisches Amt Saarland: Bruttoinlandsprodukt des Saarlandes im 1. Halbjahr 2026 real um 0,1 Prozent gesunken, Medien-Info 023/2026.
[iii] Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen (WZ 2008) – hochgerechnete Werte (Monatszahlen), September 2026.
[iv] Bundesagentur für Arbeit: Saisonbereinigte Zeitreihen, September 2026.
[v] Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung: Erholung trotz Energiepreisschocks - Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2026/2027, in IMK Report Nr. 203, September 2026.
[vi] Ebd.
[vii] Statistisches Bundesamt (Destatis): Monatsbericht im Verarbeitenden Gewerbe sowie Indizes des Auftragseingangs im Verarb. Gewerbe, in GENESIS-Online, abgerufen am 28.09.2026.
[xiii] Statistisches Amt Saarland: Datenlieferung für das Produzierende Gewerbe für den Berichtsmonat Juni 2026, August 2026.
[ix] Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung: Erholung trotz Energiepreisschocks - Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2026/2027, in IMK Report Nr. 203, September 2026.
[x] Boos, Jonas: Industriearbeit im Saarland – Krise, Wandel, Perspektiven, in AK Beiträge 1/2025, September 2025.
[xi] Arbeitskammer des Saarlandes: Bericht an die Regierung des Saarlandes 2026, S.63-76, Mai 2026.
[xii] Statistisches Bundesamt (Destatis): Inflationsrate im August 2026 bei +2,9 %, Pressemitteilung Nr. 320 vom 10. September 2026.
[xiii] Ifo-Institute: A Regressive Shock? The Distributional Consequences of Middle East Conflict-Driven Inflation for German Households, in: CESifo Working Paper No. 12853, August 2026.
[xiv] Ebd.
[xv] Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung: Erholung trotz Energiepreisschocks - Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2026/2027, in IMK Report Nr. 203, September 2026.
[xvi] Krebs, Tom / Kaczmarczyk, Patrick: Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben. Universität Mannheim, Juni 2025.
[xvii] Boos, Jonas: Zwischen Krisendruck und Kriegsproduktion. Rüstungsindustrie auf Expansionskurs im Saarland, in saarbrücker hefte 132, Winter 2025/2026.
[xviii] Statistisches Amt Saarland: Datenlieferung für das Produzierende Gewerbe für den Berichtsmonat Juni 2026, August 2026.
[xix] VGRdL: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2025, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, März 2026.
[xx] Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen (WZ 2008) – hochgerechnete Werte (Monatszahlen), September 2026.
[xxi] VGRdL: Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2025, Reihe 1, Länderergebnisse Band 2, März 2026.
[xxii] Wirtschaftswoche: Deutsche Autobauer verlieren weiter an Boden, online unter: https://www.wiwo.de/unternehmen/auto/minus-bei-umsatz-und-gewinn-analyse-deutsche-autobauer-verlieren-weiter-an-boden/100255887.html (zuletzt abgerufen am 08.10.2026).
[xxiii] Kempe, Lene: Viele Kolleg*innen beklagen die Konfliktscheue, in Analyse und Kritik 729, September 2026.
[xxiv] Volkswagen Group: Annual Report 2025 - Results of Operations, online unter: https://annualreport2025.volkswagen-group.com/group-management-report/results-of-operations-financial-position-and-net-assets/results-of-operations.html (abgerufen am 05.10.2026).
[xxv] Volkswagen Group: Geschäftsbericht 2025 – Dividenden, online unter: https://geschaeftsbericht2025.volkswagen-group.com/konzernlagebericht/aktie-und-anleihen/dividende.html (abgerufen am 05.10.2026).
[xxvi] Stephan Krull: VW: Großangriff auf die IG Metall, in: StephanKrull.Info, August 2026, online unter: https://stephankrull.info/2026/08/28/vw-grossangriff-auf-die-ig-metall/ (abgerufen am 05.10.2026).
[xxvii] Stippler, Felix: Ford und Geely wollen gemeinsam Autos in Valencia bauen, online unter: https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/joint-venture-ford-und-geely-wollen-gemeinsam-autos-in-valencia-bauen/100242289.html (abgerufen am 08.10.2026).
[xxviii] Ohlinger, Lars: ZF streicht in Saarbrücken Jobs - 1.800 entfallen bis Ende 2025, online unter: https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/zf_standort_saarbruecken_saarland_stellenabbau_100.html (abgerufen am 08.10.2026).
[xxix] Ohlinger, Lars: Autozulieferer ZF sieht Saarbrücker Standort auf einem guten Weg, online unter: https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/zf_halbjahresbilanz_2026_100.html (abgerufen am 08.10.2026).
[xxx] Ebd.
[xxxi] Candeias, Marion: … das braucht unglaublich viel Arbeitskraft!, in: Spurwechsel– Studien zu Mobilitätsindustrien, Beschäftigungspotenzialen und alternativer Produktion, hg. von Candeias, Marion; Krull, Stephan, Hamburg 2022.
[xxxii] saarstahl Presse: Saarstahl Rail schließt langjährigen Liefervertrag mit SNCF Réseau für klimafreundliche Schienen ab: Großauftrag sichert regionale Arbeitsplätze in der Stahlindustrie und im Bahnsektor, online unter: https://www.saarstahl.com/aktuelles/pressemitteilungen/saarstahl-rail-schliesst-langjahrigen-liefervertrag-mit-sncf-reseau-fur-klimafreundliche-schienen-ab-grossauftrag-sichert-regionale-arbeitsplatze-in-der-stahlindustrie-und-im-bahnsektor/?id=18242 (abgerufen am 08.10.2026).
[xxxiii] Arbeitskammer des Saarlandes: „Gute Arbeit" für das Saarland, online unter: https://www.arbeitskammer.de/themenportale/gute-arbeit/gute-arbeit/ (abgerufen am 08.10.2026).
[xxxiv] Becker, R. / Boos, J. / Moser, F.: Die Genossenschaftsidee muss im Saarland zum Vorbild werden, in AK-Analyse, März 2022.

IMPRESSUM |

Verleger: Arbeitskammer des Saarlandes, Fritz-Dobisch-Straße 6-8, 66111 Saarbrücken; Kontakt: Telefon 0681 4005-430, E-Mail: redaktion@arbeitskammer.de; Herausgeber: Jörg Caspar, Thomas Otto (V.i.S.d.P.); Redaktion: Peter Jacob (Chefredakteur), Simone Hien, Alexander Stallmann.